

Protokoll über die Sitzung Schulausschuss der Stadt Wilhelmshaven am Donnerstag, 17. August 2017, 15:00 Uhr, GS Altengroden -Aula- , Nr. 7/2017

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Katja Breuer
Ausschussmitglied Michael Kunze

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Gesche Marxfeld
Ausschussmitglied Sebastian Seidel

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Stellv. Ausschussvorsitzender Georg Berner-Waindok
Ausschussvorsitzende Helga Weinstock

Mitglied FDP-Fraktion

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Vertretung der Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen

Stimmberechtigte Sachverständige Coletta Theiß-Wessels

Stadtelternrat

Stimmberechtigter Sachverständiger Martin Burkhart

Schülervertretung

Schülervertreter René Gommers

Vertretung der Lehrkräfte der Berufsbildenden Schulen

Stimmberechtigte Sachverständige Gabriele Runge

Gastgebende Grundschule Altengroden

Schulleiterin Frau Lorenz
Stellvertretende Schulleiterin Frau Ringsdorf

Gäste

Ratsfrau Christina Heide

Schulleitungen Frau Rossié, Herr Dr. Engler (beide IGS), Herr Fischer (NGW), Herr König (Grundschule Stadtmitte), Herr Pommer (OBS Stadtmitte)
Stadtelternrat Herren Bielarz und Hansmann

Verwaltung

Herr Feist
Herr Mertens
Herr Hofmann

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Schulausschusses vom 01.06.17 und Hinweis auf das Protokoll der gemeinsamen Sitzung von BGGs und SchA vom 07.04.17
- 3 Genehmigung der Tagesordnung
- 4 Mitteilungen und Anfragen
 - 4.1 Informationen zur Grundschule Altengroden
 - 4.2 Gruppenantrag der GUS zur Prüfung der Einrichtung einer zweiten IGS in Wilhelmshaven (1. Lesung)
 - 4.3 Information zu den aktuellen Einschulungszahlen zum Schuljahr 2017/18
 - 4.4 Information zu den aktuellen Maßnahmen in den Schulen zum Schuljahr 2017/18
 - 4.5 Informationen zum RdErl. des MK zur sozialen Arbeit in schulischer Verantwortung vom 01.08.17
 - 4.6 Information zu den Produktberichten des Fachbereiches Bildung und Sport, Abteilung Schulen (Stand: 30.04.17)
 - 4.7 Information zu Schwimmintensivkursen
 - 4.8 Wilhelmshaven-Tag für Referendare
 - 4.9 Verkehrssituation an den Schulen

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Weinstock**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Schulausschusses vom 01.06.17 und Hinweis auf das Protokoll der gemeinsamen Sitzung von BGGs und SchA vom 07.04.17

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 01.06.17 wurde bei einer Enthaltung einstimmig genehmigt.

Herr Mertens wies darauf hin, dass das Protokoll der gemeinsamen Sitzung von BGGs und SchA vom 07.04.17 im RIS zur Verfügung stehe und der BGGs das Pro-

protokoll in der letzten Woche genehmigt habe. Für den SchA werde die Genehmigung in die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufgenommen.

3 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig genehmigt.

4 Mitteilungen und Anfragen

4.1 Informationen zur Grundschule Altengroden

Frau Lorenz, seit dem Schuljahr 2016/17 Schulleiterin der Grundschule Altengroden, blickte zunächst auf die Schulhistorie des Schulstandortes zurück. So sei die Grundschule Altengroden seit 2001 verlässliche Grundschule und 2010 mit der Grundschule Neuengroden zusammengelegt worden. Im Jahr 2011 sei der offene Ganztagsbetrieb mit Angeboten für die Kinder an ein bis vier Tagen pro Woche eingeführt worden. Zzt. seien 216 Kinder an ihrer Schule, die von 14 Lehrkräften (darunter zwei Abordnungen) unterrichtet werden. Hinzu seien u. a. sechs pädagogische MitarbeiterInnen, zwei Integrationshelferinnen und zwei Förderschullehrerinnen tätig, jedoch keine Schulsozialarbeiter. **Frau Lorenz** wies auf den Vorteil des vorhandenen Schwimmbades und die umfangreichen Kontakte und Kooperationen (u. a. mit Kitas, dem Außerschulischen Lernort und dem Kooperationsverbund Begabungen und Talente fördern (KOV) hin. Darüber hinaus erklärte sie Präventionsprogramme, welche an Ihrer Schule durchgeführt werden, wie z. B. „Gewaltfreie Kommunikation“ und „Rufen-Prüfen-Drücken“ (Reanimation).

Auf Nachfrage von **Herrn Burkhardt** gab **Frau Lorenz** an, seien die Abordnungen Lehrkräfte der Grundschule Rheinstraße und der Marion-Dönhoff-Schule (mit neun bzw. zehn Stunden wöchentlich). Auch die weitere Frage von **Herrn Burkhardt** nach dem baulichen Zustand und aktuellen Maßnahmen antwortete **Frau Lorenz**, dass die Schule eine neue Klingelanlage (Dreitonanlage) benötige und sie zu den weiteren anstehenden Maßnahmen mit GGS und dem Fachbereich Bildung und Sport im Gespräch sei. Hinzu habe in den Sommerferien die Grundreinigung der Schule stattgefunden.

Herr Dr. von Teichman erkundigte sich, ob die Reinigungsumfrage von GGS schon erfolgte und wie es sich mit der alltäglichen Reinigung verhalte. Laut **Frau Lorenz** erfolgte diese Umfrage bereits und mit der Reinigung laufe es an ihrer Schule gut und unproblematisch.

Frau Heide verwies auf die laut Pressemitteilungen anstehende Wohnraumsanierung in Altengroden und erfragte mit Blick auf die noch vorhandenen Wohnungsleerstände die Aufnahmekapazitäten der Schule. **Frau Lorenz** antwortete, dass zzt. noch weitere Schulkinder aufgenommen werden können, aber im Bedarfsfall räumlich nachzubessern sei. Auf Nachfragen von **Herrn Dr. von Teichman** gab **Frau Lorenz** an, werde ein Raum zzt. als Gruppenraum genutzt, ansonsten sei die Schulräume entsprechend der Dreizügigkeit ausgelastet und der Außerschulische Lernort nutze Räume im Keller und im Dachgeschoss. Auf Nachfrage von **Herrn Burkhardt** gab sie an, stünden keine Räume für Differenzierung zur Verfügung.

Herr Feist teilte mit, dass die verbindliche Zusage des Kultusministeriums vorliege, wonach eine ganze unbefristete Stelle Schulsozialarbeit für die Grundschule Alten-
groden zur Verfügung stehe, aber der Besetzungszeitraum noch nicht bekannt sei.

Zu den aktuellen baulichen Maßnahmen an dieser Schule führte **Herr Mertens** folgendes aus: Die nötigen Schallschutzmaßnahmen werden in Kürze durchgeführt und die WC-Sanierung werde im Herbst begonnen. Die Anbindung an die Lichtwellenleitung oder eine Funkstreckenleitung sei an diesem Standort jedoch nicht leicht zu verwirklichen, ggf. könne das avisierte Förderpaket genutzt werden.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** gab **Frau Lorenz** an, dass es in jeder Klasse mindestens ein Inklusionskind gebe und dafür zwei Förderlehrerinnen zur Verfügung stünden sowie sechs Flüchtlingskinder und 14 Kinder mit Migrationshintergrund an der Grundschule Altengroden beschult werden.

4.2 Gruppenantrag der GUS zur Prüfung der Einrichtung einer zweiten IGS in Wilhelmshaven (1. Lesung)

Zunächst wurde einhellig Herrn Hansmann das Rederecht erteilt. Anschließend bat **Frau Weinstock** die Verwaltung um Informationen zur Gründung einer zweiten Integrierten Gesamtschule.

Herr Feist erklärte mit Blick auf § 106 Abs. 2 NSchG die rechtlichen Voraussetzungen, wonach Schulträger zur Gründung einer zweiten IGS berechtigt sind (jedoch nicht mehr als kooperative Gesamtschule) und die Zustimmung der NLSchB nötig sei. Die Gründung sei aufsteigend ab dem 5. Jahrgang vorgesehen und der Ganztagsbetrieb nicht zwingend nötig. Als Mindestgröße sei die Vierzügigkeit notwendig, also mindestens 96 SchülerInnen, so **Herr Feist**. Erforderlich sei eine Schülerzahlprognose für zehn Jahre, welche die Vierzügigkeit bestätige. Diese Prognose basiere auf den Zahlen des Einwohnermeldeamtes und damit zuverlässig, schwierig sei jedoch die Einschätzung der Zuwanderung. Die bestehende IGS, führte **Herr Feist** aus, sei in den letzten fünf Jahren durchschnittlich jeweils mit 76 Kindern überbucht. Hinzu sei eine Elternbefragung möglich, die umfangreich und sozialwissenschaftlich belastbar sein müsse.

Ausnahmsweise sei auch eine Dreizügigkeit ausreichend, jedoch seien hierfür die Voraussetzungen nicht erfüllt. Hinzu gab **Herr Feist** an, sei auch die Bildung einer Außenstelle der jetzigen IGS möglich. Den Planungsvorlauf benannte Herr Feist mit mindestens einem Jahr und verwies auf den Antragsfristablauf 31.10. eines Kalenderjahres. An der NLSchB werde mit Beteiligung des Schulträgers eine Planungsgruppe eingerichtet zur konzeptionellen und organisatorischen Aufstellung einer IGS. Ein solcher Schulstandort müsse 24 allgemeine Unterrichtsräume, acht bis zehn Differenzierungsräume, diverse Fachräume und zehn Funktionsräume haben, also bei vorsichtiger Betrachtung insgesamt ca. 50 Räume. Dafür stehe zzt. kein städtisches Gebäude zur Verfügung.

Herr Kunze forderte, dass zunächst eine Meinungsbildung erwirkt werden müsse und gab an, dass die jetzigen Schülerzahlen nicht die Gründung einer IGS recht-

fertigen. Hinzu erklärte er, dass eine neue IGS die anderen weiterführenden Schulen in ihrem Bestand gefährde, die dann nötige Schülerbeförderung und der Elternwille berücksichtigt werden müsse. Die Neugründung einer IGS halte er für nicht umsetzbar.

Herr Hansmann erfragte, warum eine neue IGS für die GUS ein Thema sei und ob auch eine Oberstufe eingerichtet werden solle. **Herr Feist** wies auf den höheren Raumbedarf im Fall der mit einzurichten Sekundarstufe 2 hin. Auch verwies er auf die in den nächsten Jahren deutlich steigenden Schülerzahlen und eine deutliche Nachfrage der Eltern nach den integrierten Schulsystemen, was aber die anderen weiterführenden Schulen nicht in Frage stelle.

Frau Weinstock erklärte, aus den vorgetragenen Gründen heraus sei es zu diesem Antrag gekommen und dass es keine Standortfestlegung gebe.

Herr Seidel gab an, das Ansehen der Oberschulen habe bei den Eltern schon unberechtigter Weise gelitten und forderte die genaue Prüfung der Auswirkungen auf die Oberschulen. Von **Frau Heide** wurde mitgeteilt, dass nach Auffassung von Herrn Gerhard Hildebrandt, dem früheren Leiter der IGS und nun noch Mitglied im Landesverband der Gesamtschulen, eine Sechszügigkeit und eine Oberstufe vorhanden sein muss, um an einer IGS fundiert pädagogisch arbeiten zu können. Anderenfalls sei von einer zweiten IGS abzuraten. Dieser Auffassung schließe sie sich an.

Auf Nachfrage von **Frau Breuer** antwortete **Frau Rossié**, dass seit der Gründung einer IGS in Schortens auswärtige Schüler (Landkreis Friesland und Nachbarkreise) fast nur noch als Geschwisterkinder an der IGS Aufnahme finden. Darüber hinaus gebe es nur noch gelegentliche Ausnahmen i. R. der rechtlichen Möglichkeiten. Insgesamt beschule die IGS im Sekundarbereich 1 ca. zehn auswärtige Kinder.

Herr Feist nannte die Anmeldungen für den 5. Jahrgang der Oberschulen: 71 Kinder an der Marion-Dönhoff-Schule und 103 Kinder an der Oberschule Stadtmitte. Die Sechszügigkeit sei damit nicht gesichert zu prognostizieren. Soweit ein Prüfauftrag vorliege, werde die Prognose vorgenommen.

Herr Hansmann verwies auf die baulichen Vorzüge der IGS, wie z. B. den Mensabereich, was die hohe Nachfrage der Eltern erkläre und weshalb auch eine Vergleichbarkeit mit anderen Schulen nicht gegeben sei.

Herr Dr. von Teichman gab an, dass die Zuwanderung die sinkende Bevölkerungszahl kompensiere und hielt im Fall einer neuen IGS eine neue Sporthalle für nötig, was zu erheblichen Kosten führen werde. Er bat um Einschätzung der Kosten. **Herr Feist** bezifferte die Kosten für eine Dreifeldsporthalle mit 3 Millionen € an. Bei einem Bedarf von ca. 50 Räumen, mithin 2.500 m² Bruttogeschossfläche, ergeben sich mit Baunebenkosten, Einrichtungskosten usw. Gesamtkosten von nicht unter 10 bis 12 Millionen €. Mit einem Sekundarbereich 2, so **Herr Feist**, steige die Gesamtsumme auf wohl 15 Millionen €. Nach Meinung von **Herrn Gommers** wäre es richtig, statt in einen Schulneubau zu investieren, die vorhandenen Schulen baulich so auszustatten, wie es nötig sei.

Frau Weinstock regte die Bildung einer AG zur Schulentwicklungsplanung an, in der auch die Gründung einer neuen IGS diskutiert werden könne. In dieser AG könnten zwei SchA-Mitglieder, sie selbst als Ausschussvorsitzende, die Verwaltung (Referatsleitung und Fachbereichsleitung), zwei GrundschulsprecherInnen, je eine Vertretung aus Oberschulen, NGW, IGS und BBS, jeweils zwei Mitglieder aus Stadtschülerrat (SSR) und aus Stadtteilernrat (StER) sowie eine Kita-Vertretung teilnehmen. Anlassbedingt sollten weitere Fachleute hinzugezogen werden.

Herr Gommers begrüßt diesen Vorschlag, auch damit die Schülerschaft beteiligt wird. **Herr Burkhardt** gab an, der StER fordere sowieso schon eine solche AG und erinnerte an die Erfolge der früher existierenden AG. **Frau Marxfeld** sprach sich im Namen der SPD-Fraktion ebenfalls für die Bildung der AG aus. **Herr Dr. von Teichman** bestätigt dies auch für die FDP-Fraktion und forderte konkrete Themen ein. Gleichzeitig wies er auf den nichtöffentlichen Charakter einer AG hin. Nach einhelliger Worterteilung gab **Herr König**, Schulleiter der Grundschule Stadtmitte an, dass AG-Schulentwicklungsplanung nicht die passende Beschreibung für die AG sei, da es wichtiger sei, das was bereits geschaffen wurde, nämlich die bestehenden Schulstandorte, zu verbessern und noch attraktiver zu gestalten. **Herr Feist** teilte mit, dass in einer AG intensivere Diskussionen geführt werden können, als dies im SchA möglich sei, z. B. mit Schulleitungen und mit Kita-Leitungen. Insbesondere die Schülerzahlentwicklung, die Weiterentwicklung der Schulen und komrender Raumbedarf der Schulen, deren jetzige Standorte alle sicher seien, könne Gegenstand von Diskussionen sei. Auch auf die formale Freiheit einer AG verwies er. **Herr Burkhardt** befürwortete auch i. S. einer offeneren Diskussion - als dies im Schulausschuss möglich sei - und unter dem Aspekt der Beteiligung von Schulleitungen, SchülerInnen und Eltern die Einrichtung der AG. **Frau Breuer** schlug vor, dass in einer solchen AG Informationen für den SchA vorbereitet werden können, die AG also ein Beratergremium sein könne.

Auf Abfrage des Meinungsbildes von **Frau Weinstock** zur Bildung einer AG gab **Frau Breuer** an, dass diese Abfrage mit Blick auf die Tagesordnung sie überrasche und sie ihre ausschließlich persönliche Meinung, aber nicht die Auffassung Ihrer Gruppe wiedergeben könne. Auch **Herr Kunze** verwies auf die Tagesordnung. **Herr Seidel** gab an, die AG könne anlassbezogen Sitzungen durchführen, es dürfe aber keine Diskussion für den SchA verloren gehen. **Herr Burkhardt** erinnerte daran, dass bei den Gesprächen beim StER im Januar 2017 sich einhellig alle Parteien für die AG-Gründung befürworteten.

Abschließend bat **Frau Weinstock**, die Einrichtung einer AG ausführlich in den Fraktionen zu besprechen und **Frau Breuer** riet zur Fertigung einer Beschlussvorlage.

4.3 Information zu den akt. Einschulungszahlen zum Schuljahr 2017/18

Herr Mertens stellte die Einschulungszahlen von 576 Kindern in den 1. Jahrgängen zum Sachstand 14.08.17 vor. Dabei verwies er auf die inklusionsbedingten Doppelzählungen, woraus sich die Anzahl auf 610 erhöhe. Hinzu teilte er mit, habe es in diesem Jahr 78 Rückstellungen gegeben. **Herr Mertens** machte deutlich, dass in Zukunft eine Einschulungszahl von 650 nicht unrealistisch sei.

Durch die Änderung der Grundschulbezirke konnte die Zweizügigkeit an der Grundschule Hafenschule erhalten bleiben, führte **Herr Mertens** an. Hinzu teilte er das Aufwachsen der Grundschule Mühlenweg in die Fünzügigkeit des 1. Jahrgangs und die sich nun verändernde Verteilung an den Ganztagsgrundschulen Altengroden, Rüstersiel und Wiesenhof mit.

Auf Nachfragen von **Frau Weinstock** und **Herrn Burkhardt** gab **Frau Lorenz** an, dass sich bei den Erstklässlern vielfach ein Förderbedarf erst im Laufe der ersten Zeit abzeichne und die Schule im Vorfeld auch Informationen aus den Kitas erhalte.

Herr Feist gab an, die Zahl der Rückstellungen könne sich bis zu den Herbstferien noch ändern, hinzu verwies er auf das standardisierte Verfahren zwischen den Kitas und den Grundschulen sowie die Notwendigkeit der Gutachtenerstellung.

Aus den vorliegenden Zahlen entnehme er kein Raumproblem, bilanzierte **Herr Dr. von Teichman**. **Herr Feist** teilte mit, dass die Grenzen an einigen Schulstandorten auf Grund der gegebenen Räumlichkeiten bald erreicht seien, z. T. aber noch freie Kapazitäten vorhanden seien - wie z. B. an der Grundschule Altengroden. Er verwies auf die hohen Zuzugszahlen in den Stadtteilen im Stadtsüden und in der Stadtmitte sowie die hohen Zuwachsraten in den Kitas. In der nächsten Sitzung werde dargestellt, wo aus Sicht der Verwaltung Risiken und Herausforderungen zu erwarten seien. Die Frage sei, ob man an den richtigen Stellen in der Stadt über die ausreichende Anzahl von Schulplätzen verfüge. **Herr Mertens** verwies an dieser Stelle auf die hohen Schülerzahlen der OBS Stadtmitte, die ebenfalls mit dem im dortigen Bereich zur Verfügung stehenden Wohnraum zusammenhänge.

4.4 Information zu den akt. Maßnahmen in den Schulen zum Schuljahr 2017/18

Deutlich machte **Herr Mertens** zunächst, dass in den Sommerferien von GGS und von SDW hervorragende Arbeit geleistet wurde. Dies hätten auch die Schulen zurückgemeldet. U. a. führte er folgende Maßnahmen auf: Fenstersanierung und Schallschutz: Grundschule Sengwarden, Aufstellung von Spiel und Fitnessgeräten sowie von Schulcontainern: OBS Stadtmitte, Mensa- und Küchenvergrößerung: Grundschule Wiesenhof, Fortsetzung der Sanierung: BBS, WLAN-Einrichtung in Teilbereichen: Förderzentrum, Grundschule Hafenschule, IGS und NGW, Herrichtung neuer Klassenräume: Grundschulen Mühlenweg und Voslapp.

Herr Burkhardt erfragte den Sachstand zur Aula der OBS Stadtmitte. **Herr Mertens** teilte mit, dass die Anforderungen der Schule vorliegen und daran gearbeitet werde, verwies jedoch auf personelle Engpässe bei GGS. Auf weitere Nachfrage von **Herrn Burkhardt** gab **Herr Mertens** an, die Fenstersanierung an der Marion-Dönhoff-Schule werde im Herbst 2017 weitergeführt.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich überzeugt, dass man in Wilhelmshaven über gut ausgestattete Schulen verfüge und dankte GGS und Verwaltung. Auch **Herr Burkhardt** zeigte sich mit dem bereits Erreichten zufrieden und forderte mit Blick auf die noch bestehenden Baustellen die nötigen Finanzmittel in den Haushaltsplänen ab-

zubilden.

4.5 Informationen zum RdErl. des MK zur sozialen Arbeit in schulischer Verantwortung vom 01.08.17

Unter Verweis auf den RdErl. des MK zur sozialen Arbeit in schulischer Verantwortung vom 01.08.17 erklärte **Herr Feist**, habe nun das Land Niedersachsen seine Verantwortung für diesen wichtigen Bereich übernommen. 18 SchulsozialarbeiterInnen seien zzt. in Wilhelmshaven tätig, so **Herr Feist**, unter denen nun auch MitarbeiterInnen des Landes zu finden seien. Unversorgt seien noch die Grundschulen Altengroden, Sengwarden und St. Martin. Eine zusätzliche städtische Stelle werde zum 01.09.17 an der Grundschule Stadtmitte eingerichtet. Zwei weitere unbefristete Stellen vom Land seien inzwischen für Wilhelmshaven vorgesehen, eine davon sei für die Grundschule Altengroden eingeplant.

Im Übrigen wird auf den o. a. Erlass verwiesen.

4.6 Information zu den Produktberichten des Fachbereiches Bildung und Sport, Abteilung Schulen (Stand: 30.04.17)

Von **Herrn Mertens** wurden die Produktberichte erläutert. Dabei gab er an, werde die Schulverwaltung grundsätzlich mit den Haushaltsmitteln auskommen. **Herr Mertens** verwies auf Mehrkosten i. R. der aufgestellten Schulcontainer, die gestiegenen Kosten bei der Schülerbeförderung und die nötig gewordene Fremdvergabe von Mäharbeiten an den Schulen. Insgesamt sei mit Mehrkosten i. H. v. ca. 168.000,-- € zu rechnen, denen aber eine Einsparung im Personalkostenbereich auf Grund unbesetzter Stellen i. H. v. ca. 50.000,-- € gegenüber stehe. Mit Stichtag 31.08.17 sei mit Mehrkosten von ca. 100.000,-- € zu rechnen, die im Gesamtbudget des Fachbereiches Bildung und Sport aufgefangen werden.

Auf die als Anlage zur Verfügung stehenden Produktberichte wird verwiesen.

4.7 Information zu Schwimmintensivkursen

Herr Dr. von Teichman informierte unter Hinweis auf die schon erfolgte Erörterung im Sportausschuss, dass in den Sommerferien 2018 in Zusammenarbeit mit diversen Einrichtungen (Stadtsporthund, Stadtwerke, Schwimmvereine) im Freibad Nord Schwimmintensivkurse für Schulanfänger angeboten werden sollen.

4.8 Wilhelmshaven-Tag für Refendare

Von **Herrn Feist** wurde berichtet, dass nach Zusammenarbeit mit einigen Schulleitungen der Inhalt für den Wilhelmshaven-Tag festgelegt wurde und das Studienseminar diesem positiv entgegenthe. Von dort erwarte er zzt. die Terminvorschläge.

4.9 Verkehrssituation an den Schulen

Frau Weinstock bat um Ideen, wie das Fahr- und Bringverhalten der Eltern, welches z. T. für schwierige Verkehrssituationen Sorge, positiv beeinflusst werden könne.

Herr Mertens wies auf die „Bannmeile“ in Osnabrück und einzelne Straßensperungen in Hannover hin, womit die Verkehrsberuhigung an den Schulen erreicht werden soll. Zu dieser Thematik finde am 30.08.17 ein Gespräch zwischen Polizei, Verkehrsbetriebe, StER und der Verwaltung statt. **Herr Hansmann** forderte das Ausschöpfen der gesetzlichen Möglichkeiten, insbesondere am Schuljahresanfang müssten Ordnungsmaßnahmen intensiviert werden. Auf Frage von **Herrn Dr. von Teichman** nach den Gründen für solch ein Elternverhalten verwies **Herr Feist** auf div. Aussagen der Eltern in unzähligen Gesprächen vor Ort, auf Elternbriefe und weitere Apelle der Schulleitungen.

B Nichtöffentlicher Teil